

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringenlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.  
**Sprechstunde** nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.  
**Verlagspreis:** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6spaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind unbenutzt zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 194.

Dresden, Donnerstag den 22. August 1912.

23. Jahrg.

## Imperialismus.

### 5. Der Imperialismus und die Arbeiterklasse.

Das der Imperialismus den Interessen der Arbeiterklasse schmerzhaft zuwiderläuft, daß er geradezu ihr gefährlichster Gegner ist, braucht hier nicht weiter dargelegt zu werden. Schon 1898 hat Kautsky richtig gesagt, daß die moderne Kolonial- wie die Schutzollpolitik die Reaktion bedeuten, die Reaktion in der inneren wie in der auswärtigen Politik. Aber auch das Bürgertum sieht dem Imperialismus keineswegs einseitig gegenüber. Von der Bauernschaft und dem Mittelstande abgesehen, die durch die Steuerkränkung gepreßt werden, sind die jeweiligen Aktionen der gewalttätigen Weltmacht nur im Interesse einzelner kapitalistischer Gruppen gelegen, keineswegs des Kapitals überhaupt. Was würde das deutsche Kapital von einer Erweiterung des Balkanraumes gewinnen? Die Mannesmannen würden allerdings ihre Konzeptionen erhalten, ein paar andere Kapitalisten hätten ähnliche Konzeptionen erhalten, und das ist alles. Einen Krieg wegen eines Stückes Marokko zu führen, darauf wollten es gewisse Eliten der Kapitalistenklasse sowie die Interessenten der Kriegsmateriallieferungen ankommen lassen. Aber viele andere schreien davor auf.

Man hofft aber das Kapital, daß man weltpolitische Erfolge schon durch Entfaltung der militärischen Macht, vor allem mittels einer starken Flotte, erzielen kann. Demgegenüber ist es unsere Pflicht, auf die Gefährlichkeit dieses Treibens hinzuweisen, die Folgen des Rüstungswettbewerbes aufzudecken. Deutscherseits verheimlichen die englische und die deutsche Regierung, daß sie rüsten, um den Frieden zu erhalten. Da gilt es zu beweisen, daß gerade die unendlichen Rüstungen den Krieg heraufbeschwören, daß der Rüstungswettbewerb schließlich entweder zum finanziellen Bankrott der Staaten oder zum Vernichtungskrieg führen muß. Der Rüstungswettbewerb ist der Feind, den wir bekämpfen müssen.

Die Rüstungseinschränkung kann naturgemäß nur durch ein Abkommen wenigstens der bedeutendsten Staaten untereinander vorgenommen werden. Daß ein solches Abkommen möglich ist, geht schon aus der immer zunehmenden Verquickung der kapitalistischen Interessen der verschiedenen Länder untereinander hervor. An Stelle der „nationalen“ Volkswirtschaft ist die Weltwirtschaft mit Weltunternehmungen, Weltbanken, Weltbanken getreten. Die maßgebendsten Unternehmungen beschränken sich nicht mehr auf ein Land, sondern unterhalten in aller Herren Länder Filialen oder monopolisieren gar den Weltmarkt. Dabei gelingt es keinem, das ganze Erdenrund zu beherrschen; vielmehr wird der Weltabsatz unter wenige Magnaten verteilt, denen je ein bestimmtes Absatzgebiet zugewiesen wird. So kennen die wichtigsten Zweige der Stahlindustrie (Schienen!), der Elektrizitäts-, der chemischen Industrie usw. keine Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Andererseits gehen auch die Geldkapitalisten häufig Hand in Hand. So bei der Uebernahme der chinesischen, der jüngsten vulgaren Anleihe usw. Die Londoner, die Pariser Börse dienen nicht allein dem französischen, nein, dem internationalen Kapital. Die Verdrängerung des Kapitals macht rasche Fortschritte und bewirkt Vorbedingungen für eine Verständigung der kapitalistischen Mächte.

Wenn aber auch die Konkurrenz der nationalen Kapitale noch nicht völlig ausgeschaltet wird — denn die vollständige Organisation der Produktion ist unter der kapitalistischen Produktionsweise unmöglich —, so fragt sich nun, welche Interessen im gegebenen Moment überwiegen: ob diejenigen, die den Krieg wünschen, oder diejenigen, die für den Frieden sind. Der italienisch-türkische Krieg ist bekanntlich zum großen Teil auf das Treiben des Banco di Roma zurückzuführen. Aber eine Reihe von anderen Banken bemüht sich schon seit längerer Zeit um den Frieden. Die deutsche und französische Großbank haben das Marokko-Abkommen zuerst unter sich ausgemacht, sie haben es den Regierungen zur Unterschrift vorgelegt. In der Regel gibt es eben kein einheitliches Interesse des Kapitals, sondern mannigfaltige, sich durchkreuzende, im Wirrwarr durcheinander laufende Interessen und Interessengegenstände.

Da muß die Aktion der Arbeiterklasse einleiten, um die friedlichen Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung zu unterstützen. Diejenigen Genossen, die behaupten, der Kapitalismus sei unbedingt gleich Krieg, die keine friedlichen Tendenzen im Kapitalismus sehen wollen oder können, müssen, falls sie den Boden der materialistischen Geschichtsauffassung nicht verlassen, den Kampf der Arbeiterklasse für die Erhaltung des Friedens als nutzlos, als utopisch, als vergeblich betrachten. Wenn wir annehmen würden, daß alle unsere Demonstrationen und Aktionen für den Frieden aussichtslos sind, weil der Kapitalismus unweigerlich den Krieg bringen muß, wie sollen wir denn dann überhaupt ernsthaftige Friedensdemonstrationen veranstalten?

In Wirklichkeit läßt es sich aber gar nicht bestreiten, daß die wirtschaftliche Entwicklung verschiedene Tendenzen hervorruft. Die englische Politik, die auf die Angst, Indien oder Kongo zu verlieren, und auf das Streben nach Aufrechterhaltung der „offenen Tür“ in verschiedenen anderen Ländern zurückzuführen ist, wird vermutlich, sobald Indien und Kongo eine relative Selbständigkeit erlangt haben und sobald eine Veränderung in der Wirtschaftspolitik der kapitalistischen Staaten eintreten wird, an Schärfe sehr verlieren. Ebenso könnte die Abkehr der deutschen Wirtschaftspolitik vom Hochschuttsoll die deutsche Industrie so stärken, daß sie fast keine Konkurrenz mehr zu fürchten hätte. Das Cuno-Vertrag, bleibt auch heute noch richtig: „Das Streben auf Erweiterung der auswärtigen Märkte legt am besten zu Hause ein; durch Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der Industrie, Einrichtung von Handels- und gewerblichen Unterrichtsanstalten, Aufhebung der Lebensmittelpölle und nicht zuletzt durch Hebung des Volksschulunterrichts und der Lebenshaltung der Arbeiter.“ Das ist die „pénétration pacifique“ (friedliche Durchdringung) der Arbeiterklasse im Gegensatz zur „friedlichen Expansionspolitik“ des Kapitals, die immer Monopol- und Gewalttätigkeit bedeutet.

Sind denn, fragen wir die neuesten Marx-Verbreiter, die Mittel, auf die Cuno hinweist, außerhand, das Ausdehnungsbedürfnis des Kapitals zu befriedigen? Gewiß verprechen solche Maßnahmen nicht so hohen Profit, wie die Unterdrückungspolitik. Wer sagt denn aber, daß 10, 20, 100, 300 Proz. Dividende eine „Notwendigkeit“ sind? Wir zeigen dem Proletariat, daß der Kapitalismus wohl auch andere Wege gehen könne. Wenn er gerade die Wege der Wirtschaftspolitik wählt, so ist das keine „Notwendigkeit“, sondern verursacht durch den gierigen Wunsch nach Extradividenden.

Unter Kampf gegen den Imperialismus wird also einerseits durch die „aktionslose“ Auffassung des Proletariats über das Wesen des Imperialismus geführt, eine Auffassung, die durch das Parlament ebenso wie durch Versammlungen und Straßendemonstrationen gelebt. Er wird geführt durch unermüdete Propaganda gegen jede Völkerverehrung, gegen alle Rüstungsvermehrungen; für Rüstungseinsparung und für Rüstungsverminderung; für Umgestaltung des aggressiven Militarismus und Marinismus in ein völkerverständliches, lediglich dem Selbstschutze dienendes Wehrwesen; für Abtragung und Beseitigung des Zollsystems; für Demokratisierung aller Staatseinrichtungen; für fortwährende Steigerung des sozialen und politischen Einkommens der Arbeiterklasse gegenüber den kapitalistischen Mächten! Daß alle diese Kämpfe unter Umständen in eine besondere „aktive Aktion“ übergehen können, ja vielleicht müssen, ist so selbstverständlich, daß wir es kaum zu betonen nötig haben.

Ganz anders aber wäre es, wenn man mit dem „früheren“ Herbst alles allein von der „Waffenaktion“, worunter die soziale Revolution verstanden wird, erwartete. Diese Ansicht entspricht der Auffassung vom Imperialismus als dem Wesen des Kapitalismus. Dann bleibt freilich nichts übrig, als die sich häufenden Schläge des Imperialismus einfach auf uns niederzulegen zu lassen und einzig von der Vernichtung unserer Kultur durch den Weltkrieg den künftigen Sieg des Proletariats zu erwarten! Das ist ein Standpunkt, den bis jetzt niemals die Marxisten eingenommen haben. Wir sind überzeugt, daß auch der Chemnitzer Parteitag sich nicht auf den doch längst überkommenen utopisch-anarchistischen Standpunkt stellen wird. Indem er das Wesen des Imperialismus richtig erkennen wird, wird er unserem gegenwärtigen Kampf gegen die Rüstungen neue mächtigste Stütze zuteil werden lassen!

## Der Kampf gegen den Hunger.

In jeder Ratstagsdebatte des Reichstags ist noch von der Regierung erklärt worden, es handle sich bei der gegenwärtigen Leuerung nur um einen vorübergehenden Zustand. Keiner schloffen die Reden der Regierungsvertreter mit einer Verherrlichung des beherrschten Wirtschaftssystems und mit dem Trost, es würde schon wieder besser werden. Jede Hausfrau im Deutschen Reich, vor allem jede Arbeiterfrau weiß, daß es nicht besser, sondern schlimmer geworden ist.

Die Lebensmittelpreise, besonders die Fleischpreise, sind unaufhörlich gestiegen. Die Regierung tut nichts dagegen. Sie beschränkt sich darauf, die Lohnbewegungen der Arbeiter zu bekämpfen. Die Streiks der Bergarbeiter wie der Rheinschiffer sind an ihrer parteiischen Stellung zugunsten der Unternehmer gescheitert. Und um den Gewerkschaften besser an den Krügen zu können, arbeitet man an einer Verschärfung des Strafgesetzbuchs, empfiehlt man strengere Anwendung der Gesetze. Wo aber wären wir heute ohne die Tätigkeit der Gewerkschaften! Wäre es nicht gelungen, die Löhne langsam und in unzureichendem Maße in die Höhe zu drücken, würden bei den heutigen Preisen etwa noch dieselben Löhne gezahlt werden, wie vor zehn oder zwanzig Jahren, so stünde Deutschland schon längst im Zeichen der Hungerrevolten. Wenn es zu solchen äußersten Erscheinungen noch nicht gekommen ist, so dankt man das der Arbeit der Gewerkschaften, die ja in tieferem Sinne viel stärker „staatsbehaltend“ wirkt als das Umsturzgeschrei der „staatsbehaltenden Parteien“.

Wenn es wahr ist, daß Regieren Voraussehen heißt, dann verdienen die jetzt amtierenden Reichsdeputierten den Namen einer Regierung nicht. Denn ihnen fehlt jede Voraussicht, sie meinen, weil es bisher immer noch gutgegangen ist, müßte es auch weiter so gehen. Die beherrschte Wirtschaftspolitik wird aufrecht erhalten, obwohl ihre Funktion gegenüber den arbeitenden Massen nur noch darin besteht, ihnen das Stück Brot wieder vom Rinde zu reißen, das sie sich in opfervollen

Lohnkämpfen errungen haben. Selbst die Reichstagsresolutionen, die eine Erleichterung für die Einfuhr ausländischer Fleischsorten fordern, bleiben unausgeführt. Von einer Hebung der Getreide- und Futtermittelpölle, wodurch die Viehproduktion verbilligt würde, von der Beseitigung jener schenigehygienischen Bestimmungen, die nur dazu dienen, die fremde Konkurrenz vom Lebensmittelmarkt fernzuhalten, ist erst recht keine Rede. In den Kommunen, in denen bürgerliche Mehrheiten herrschen, sperrt man sich gegen alle einschneidenden Maßnahmen zur Bekämpfung eines wucherischen Zwischenhandels. Während sich alle Faktoren des Reiches, des Staates und der Gemeinde vereinigen sollten, um dem wachsenden Unheil zu steuern, scheinen sie fast in geheimem Einverständnis zu handeln, jede wirksame Maßnahme zu verhindern. Und dem Volk, das Brot und keine Eitelkeit will, kann es auch nicht genügen, daß sich vor seinen Augen Produzenten, Großhändler und Detailisten öffentlich herumbalgen, indem sie sich gegenseitig des Lebensmittelschwunders beschuldigen, oder (wie es die Deutsche Tageszeitung am dreizehnten treibt!) überhaupt bestreiten, daß irgendein Wirtschaftssystem an den Preistreibern schuld sei. Ein Treiben, das auch die Jähmühen erbittern muß. So wendet sich neuerdings die Berliner Beamten-Korrespondenz mit Schärfe gegen die von agrarischer und antisemitischer Seite gemachten Versuche, die heutige Wirtschaft- und Finanzpolitik als unschuldig an den neuesten Preissteigerungen hinzustellen, und bemerkt:

„Verständnis für volkswirtschaftliche Fragen haben selbstverständlich nur Leute, die auf die agrarische Wirtschaftspolitik eingeworfen sind und die jeden Zusammenhang zwischen dieser Wirtschaftspolitik und der herrschenden kaum noch einer Steigerung fähigen Leuerung leugnen. Sie können es sich nicht erlauben, daß man jetzt fast täglich Veteranen findet, die durchschäblich verhungert sind oder doch dauernd an Unterernährung leiden. Der agrarische Wirtschaftspolitiker findet es sehr richtig, daß der Unterbeamte mit noch nicht 100 M. Monatsgehalt im Juli und August für 10 Pfund Kartoffeln 60 bis 70 Pf. bezahlen muß, und hat sogar den traurigen Mut, dem armen Unterbeamten, der sich bitter darüber beschwert, daß ihm auch das letzte Nahrungsmittel so enorm verteuert wird, nachdem er auf Fleisch, Butter und Schmalz schon lange hat verzichten müssen, diesem armen Unterbeamten noch vorzuerweisen, er nehme keine Rücksicht auf andere Berufsstände, insbesondere auf die Landwirtschaft. Kann man den Lohn wohl noch weiter treiben? ...“

Jetzt, da auch andere Volksschichten außer der Landwirtschaft anfragen, ob sie noch ein Recht auf Leben haben oder ob man mit dem Segen der so laut gepriesenen Wirtschaftspolitik an ihnen eine Spur nach Doktor Eisenhart vornehmen will, da werden sie der Wegezähligkeit geziehen! Jetzt leugnet man den Zusammenhang dieser unerbittlichen Leuerungsbekämpfung mit der herrschenden Wirtschaftspolitik. Das Beamtenamt hat durch Vorstellung, Wüten und Wammern nichts erreicht, weil die herrschende Wirtschaftspolitik keine Frage der Machtverteilung im Staate ist. Solange das Beamtenamt die heutige Wirtschaftspolitik unterstützt, handelt es gegen seine ureigenen Interessen; deshalb ist es an der Zeit, daß es sich einer liberalen Wirtschaftspolitik zuwendet, die unter Schonung und Berücksichtigung der bisherigen Entwicklung seine Vorrechte für einzelne Wirtschaftsschichten anerkennen kann, sondern lediglich das Wohl der Gesamtheit als höchste Richtschnur nimmt.“

So richtig die Beamten-Korrespondenz die Zusammenhänge zwischen Leuerung und agrarischer Wirtschaftspolitik herausgefunden hat, so naiv sind ihre Ansichten über den Segen liberaler Wirtschaftspolitik. Einen konsequenten Kampf gegen Agrarpolitik und Lebensmittelteuerung führt nur die Sozialdemokratie. Der Liberalismus aber ist nicht nur seit jeher für indirekte Lebensmittelbesteuerung zu haben gewesen, sondern hat sich auch voriges Jahr in fast allen Gemeinden gegen die sozialdemokratische Forderung des Lebensmittelvertriebs durch die Kommunen gewandt. Das alles wissen die Unterbeamten sehr gut, denn im Januar 1912 sind ihre Stimmen der Sozialdemokratie zugefallen.

## Deutsches Reich.

### Proporz für die Reichstagswahlen.

Die Frankfurter Zeitung ist schon seit längerer Zeit für die Verwirklichung des Proporzsystems bei den Reichstagswahlen eingetreten. Das Blatt glaubt die Zeit gekommen, wo dieser in erster Reihe steht von der Sozialdemokratie vertretene Gedanke Aussicht gewinnt, sich praktisch durchsetzen zu können. Es ist auch begreiflich, daß gerade die Liberalen mehr und mehr Geschmack an dieser Forderung gewinnen, die sie früher nicht beachtet haben. Die Liberalen können bei den Reichstagswahlen unter dem jetzigen System so gut wie gar keine Mandate aus eigener Kraft in den ersten Wahlgängen gewinnen, sie sind ganz auf die Stichwahlen angewiesen. Sie empfinden diesen Zustand sehr unangenehm und befreunden sich mehr und mehr mit der Forderung der Verhältniswahlen.

„Die Reichstagsverhandlungen des letzten Winters,“ so führt die Frankfurter Zeitung aus, „haben bereits klargestellt, daß für das Prinzip der Verhältniswahl im Reichstag eine, wenn auch nur kleine Mehrheit vorhanden ist. Gleich nach dem Zusammentreten des Reichstags haben die Volkspartei und die Sozialdemokratie in Initiativanträgen die Regierung zur Vorlegung eines Proporzgesetzes aufgefordert, und bei der ersten Lesung des Staats hat auch der